

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 7-8

Artikel: Neue Räder für den Kapitalismus
Autor: Tanner, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340379>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaften in Stammgruppen und «flexible» Aushilfen. Die von Strahm propagierte «Flexibilität» entspricht sicher nicht der von den Unternehmern praktizierten, doch im Effekt kommt dasselbe raus: Deregulation nach neoliberalen Muster.

Unterschiedliche Ziele, aber unter den herrschenden und in absehbarer Zukunft weiter herrschenden Machtverhältnissen, dasselbe Resultat: Die Deregulation beraubt die Lohnabhängigen ihres einzigen Kampfinstrumentes, der Solidarität. Ein Wert, den Strahm im konkreten Zusammenhang mit Arbeitern und Angestellten in der Schweiz nicht nennt. – Erliegt Strahm dem neoliberalen Zeitgeist?

VIII.

Der interessanteste Teil strahmscher Programmatik findet der Leser, wo Strahm Modelle des technologischen Fortschritts, dessen Steuerung (S. 130 ff.), die Schaffung neuer Arbeitsplätze (S. 141 ff.) und vor allem wenn er eine neue Landwirtschafts- und Verkehrspolitik entwickelt.

Er sieht eine vom Staat durch Lenkungsabgaben gesteuerte, durch Grenzwerte und strenge Haftpflichtregelungen beschränkte und in ökologisch und sozial sinnvollen Bereichen wachsende Wirtschaft. In den Massnahmen geht er über die

bekanntesten Konzepte (Öko-Plan, Studie der Gewerkschaft Bau und Holz, SPS-Handbuch für Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik in der Gemeinde etc.) nicht hinaus. Doch in diesen Bereichen scheint Strahm sich auf «eigenem Boden» zu befinden und fasst den Stand der Diskussion leserfreundlich zusammen.

IX.

Vor der Lektüre freut man sich. Endlich hat's mal einer gewagt. Und es war ja überfällig. Bei aller Kritik müsste Strahm ja zu beglückwünschen sein. Hat man Strahm's Räderwechsel jedoch durchgearbeitet, so stellt man fest, dass er in weiten Teilen der Organisationspolitik in recht oberflächlichen Thesen verharrt: Allzuviel als reines Technokraten-, als Managementsproblem erläutert und an sein oft zitiertes Vorbild Peter Glotz keinesfalls herankommt. Im programmatischen Teil seines Buches beweist Strahm seine Stärke im Bereich Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik. In anderen Kapiteln erscheint er als liberaler Grüner. Er strotzt nur so von Flexibilisierung und Individualisierung. Die SPS wird bei Strahm zur Gralshüterin des «echten» Liberalismus einerseits und zur Verfechterin eines «Wertkonservatismus» andererseits (z. B. im Kapitel «Linker Patriotismus zur Bewahrung

ideeller Wert», wo er den Begriff «Linker Patriotismus», den Glotz zur Lösung der Innerdeutschen Frage prägte, missbraucht und einen sozialdemokratischen, wertkonservativen Patriotismus propagiert).

X.

Manchmal hatte ich den Eindruck, es wäre wohl besser gewesen, Strahm hätte seinen Zettelkasten nicht vom Tisch gestossen und in die 196 Seiten eines Buches geleert.

Besonders stossend ist auch, wie er eine SPS-Führung kritisiert, der er als *führendes* Mitglied angehörte: persönlich und zum Teil auch diffamierend ohne die geringste Selbstkritik. «Abrechnung oder Aufmunterung» titelt die Rote Revue im Zusammenhang mit Strahm's Buch. Strahm schreibt eine «Abrechnung», aber auch eine «Aufmunterung» zum Weiterdenken. Es lohnt sich das Buch als Ausgangspunkt zu einer Diskussion zu gebrauchen. Doch den Parteimitgliedern, die eine solche Diskussion aufnehmen wollen, sei als Basis nicht nur Strahm's Räderwechsel empfohlen. Als ergänzende Lektüre seien vorgeschlagen: Von Peter Glotz, Die Beweglichkeit des Tankers, München 1982, und Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984 sowie von Oskar Negt, Lebendige Arbeit – enteignete Zeit, Frankfurt 1984.

Neue Räder für den Kapitalismus

Von Jakob Tanner

«Vom Stellen der Weichen im Bahnhof der Zukunft»: Wenn H.R. Strahm sein Buch über «Sozialdemokratische Entwürfe für eine Schweiz von morgen» so übertitelt hätte, wäre mir die Annäherung an diesen Diskussionsbeitrag leichter gefallen. Es

gibt unter den sozialdemokratischen Autoren neueren Datums solche, die gute, einprägsame Bilder geschaffen und in Umlauf gesetzt haben: «Die Beweglichkeit des Tankers» von Peter Glotz (1) ist eines. Die Strahm'sche Metapher vom

«Radwechsel» hingegen ist ebenso schief wie die Ebene, auf welcher die lange, mehrere Klassen aufweisende Zugkomposition (nämlich die kapitalistisch-industrielle Gesellschaft) einer düsteren und in vielem aussichtslosen Zukunft ent-

gegenrollt. Oskar Lafontaine, profiliertes Exponent einer regenerierten SPD-Führungsgeneration, formulierte in seiner letztes Jahr veröffentlichten pointiert-anregenden Ideenmontage «Der andere Fortschritt» folgende Kritik am okzidental Industrialismus:

«Die kapitalistischen und die sozialistischen Länder wetteifern darin, die ständige Steigerung der Warenproduktion dem Ziel überzuordnen, menschlichen Fähigkeiten Gestaltungsraum zu schaffen.» «Auch an der Ausbeutung der Natur sind die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Ost und West gleichermassen beteiligt.» «Bei der Bezogenheit auf die Steigerung des materiellen Wohlstandes, bei dem Bemühen, immer mehr Waren, Güter und Dienstleistungen zu produzieren, haben wir unabsehbare Folgen in Kauf genommen. Auch dieses Urteil gilt gleichermassen für Ost und West. Rudolf Bahro brachte es auf die Formel: Der Kapitalismus rast dem Abgrund zu, der Sozialismus gibt sich alle Mühe, ihn zu überholen.» (2)

Wenn jetzt die SPS dem Kapitalismus neue Räder verpasst, wird der Sozialismus an Tempo zulegen müssen, um zum Überholmanöver ansetzen zu können. Die Verlautbarungen der sowjetischen Führungsspitze zeigen, dass die Absicht durchaus besteht: Forcierung des Atomprogramms (Tschernobyl hin oder her!) ist der Ausdruck einer erschütternden Unerschütterlichkeit dieser grossindustriellen Durchbrecherstrategen, die – in Ost und West – noch immer nicht begriffen haben, dass sich die Zukunft schon längst von ihnen verabschiedet hat.

Die SPS gehört mit zu jenen Kräften, die vor diesen schlechten Wirklichkeiten nicht kapitulieren und die begriffen haben, dass die Qualität eines Veränderungsprojektes, die Breite seiner

Unterstützung und damit die Chancen seiner Durchsetzung in engster Wechselwirkung zueinander stehen. Hinter dieser Klarheit liegt allerdings ein Berg von Problemen. Die SPS weist heute eine prekäre Konstitutionsschwäche auf, sie hat Schwierigkeiten mit dem langen Atem und kriegt periodisch Schwindelanfälle. Die Diagnose lautet auf Krise; einige möchten dem Patienten Mut machen und sprechen deshalb von «Übergangsphase». Eine Krise ist jedoch mehr eine Entscheidungsphase: kritische Zuspitzungen führen zum Verschwinden oder aber zur hoffnungsvollen Regeneration von (auch politischen) Kräften.

Die Aspekte der Krise

Die gegenwärtige Krise der SPS hat einen doppelten Aspekt. Zum einen ist sie einer politisch-programmatischen Auszehrung und einer personellen Regenerationsschwäche geschuldet, für welche die Bezeichnung «Formtief» eher beschönigend ist. Zum anderen hängt sie mit einem Machtverlust und einer Bedeutungseinbusse der Parteien im politischen Entscheidungsprozess und in der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik insgesamt zusammen. Es gibt also endogene, in der SPS und ihrer Geschichte selbst wurzelnde, und exogene, im politisch-gesellschaftlichen Umfeld angesiedelte Gründe für die Orientierungsschwierigkeiten und die relative politische Leichtgewichtigkeit unserer Partei.

Es gibt einen Grundtenor im Buch von Strahm, welches auf die Behebung dieser Krise abzielt: Technologische Innovation und soziologische Strukturverschiebungen setzen – im Verein mit einem Wertwandel – die bisherige Basis der SP, die an der traditionellen «sozialen Frage» orientierten Arbeiterschichten einer andauernden Erosion aus.

Nur wenn der Einbruch in die auch weiterhin an Gewicht gewinnenden neuen Mittelschichten mittels einer auch die ökologische Frage aufwerfenden Programmatik gelingt, kann die SP ihre Position halten und vielleicht einmal das Regierungssteuer übernehmen.

An dieser Stelle lohnt ein Blick in die Vergangenheit, denn «Mittelschichten» und «Regierungsfähigkeit» sind eigentliche historische Leitfossilien dieser Partei. Ihre heutige Krise ist ein Aspekt des Zerfalls jener Konstellation, die sich vor einem halben Jahrhundert herausgebildet hatte und die zur Entstehung der Sozialpartnerschaft und der Konkordanzdemokratie geführt hat. Mitte der 30er Jahre versuchte die SPS mit einer programmatischen Erneuerung und einer Öffnung hin zu den (damaligen) Mittelschichten (d.h. zu den Bauern und zu den Angestellten) die «Zukunftschancen einer regierungsfähigen Linken in der Schweiz» (so der Untertitel von Strahms Buch) zu verbessern. Dieses Vorhaben missglückte. Die angestrebte rot-grüne Allianz als Kernstück eines breiten Mehrheitsbündnisses und als Grundlage für eine Linksregierung kam nie zustande.

Dafür vermochte die programmrevidierte SPS nach dem Zweiten Weltkrieg der raschen Entfaltung kapitalistischer Produktivkräfte immer mehr abzugewinnen. Während dieses beispiellosen wirtschaftlichen Wachstumsschubes schien die Ankunft in einem zum Konsumparadies degenerierten Sozialismus nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Europaweit richtete sich die Sozialdemokratie (die in vielen Ländern ins Cockpit des gesellschaftlichen Schnellzuges aufrückte) perspektivisch auf diesen modernistisch zurechtgestutzten und harmonisch abgerundeten «Füllhornsozialismus» aus. Radwechselfarolen

hatten damals einige Plausibilität. Endlich war man aus dem langen Tunnel von Krise und Krieg raus, endlich hatte man die freie Fahrt in eine rosarote Zukunft. Der Franken rollte, viele «alte» Forderungen der Sozialdemokratie und der ganzen Arbeiterbewegung blieben auf der Strecke. Autobahnen, AKW's, Fabrikkomplexe, Wohnagglomerationen, Touristikzentren . . . : «Alle Jahre wieder sauste der Presslufthammer nieder». Das Gesicht der Landschaft verflüchtigte sich angesichts dieses glitzernden Wohlstandszaubers.

Der Reigen von Programmrevisionen, der nun ebenfalls weiteuropaweit von den sozialdemokratischen Parteien eröffnet wurde, war primär auf die Steigerung des Fahrtempos (Glättung des Wachstumsterrains durch keynesianische Konjunkturpolitik) und auf die Verbesserung des Fahrkomforts (pneumatisierte Abfederung durch sozialstaatliche Leistungen) ausgerichtet. Die Gewerkschaften spezialisierten sich auf friedlichen «Verteilungskampf» (Reallohnzuwachs nach Massgabe der Produktivitätssteigerungen) und die SPS wurde als Juniorpartner in die Landesregierung gehievt (was am Kurs der Exekutive kaum etwas änderte). «Schöne Heimat – frohe Menschen»: in diesem Wahlslogan der ausgehenden 50er Jahre kommt zum Ausdruck, wie sehr die SPS ihre historischen Hoffnungen auf Selbstbestimmung, auf individuelle und gesellschaftliche Emanzipation in einem einheitlichen Modernitätsideal und in einer Steigerung des materiellen Lebensstandards aufgehoben glaubte.

Talfahrt in die Realpolitik

Die SPS war auf dem besten Weg, zur «No Future-Bewegung» (S. 11) im wirklich deprimierenden Sinne des Wor-

tes zu werden. Denn bei dieser ab Mitte der 30er Jahre unternehmenen Neuorientierung (Abkehr vom Klassenkampf, Hinwendung zur Volkspartei, Zustimmung zur militärischen Landesverteidigung) handelte es sich weniger um ein prospektives Ausbrechen aus dem «Klassenghetto», um eine zukunfts-trächtige Revision des Konzepts «Sozialismus» als um programmatische Substanzeinbusse, um den Verlust eines alternativen Orientierungshorizontes, um das Aufgeben der politisch organisierten Fähigkeit, «anders» zu denken, d.h. die Idee einer anderen Gesellschaft kontrafaktisch zu erhalten und so Impulse für politische Veränderungsarbeit zu bekommen. Das neue Parteiprogramm von 1935 leitete à la longue nicht einen Aufbruch zu neuen Ufern, sondern die Talfahrt in die Niederungen der helvetischen Realpolitik ein. Das Techtelmechtel mit dem «Mittelstand» und die Anpassung an die «soziale Marktwirtschaft» hat der SPS die Sicht auf die Dinge ziemlich verstellt. Das 1959er Programm war nur noch trostlos. *Die SP machte weitgehend auf Schadenbehebungssozialismus im Leitplankenkapitalismus.*

Erwachen aus dem Konkordanz-Koma

Erst 1968 wurde die Partei wieder mit etwas Zukunft angereichert. Nun begann die SPS aus dem Konkordanz-Koma zu erwachen, nun schöpfte sie wieder aus dem Arsenal der Utopien. Im Gefolge dieses Aufbruchs wurde das ganze kollektive Gedächtnis der Arbeiterbewegung reaktiviert; es waren keineswegs nur neolinke, akademisch geschulte Aktivisten und Aktivistinnen, die der SP neues Leben einhauchten, sondern auch viele Altmitglieder erinnerten sich nun wieder an ihre eigenen, vergessenen Utopien.

Die zunehmenden Konflikte zwischen (staatlichen) Institutionen und spontanen Bewegungen sowie das Auseinanderdriften gesellschaftlicher Wertorientierungen, wie es in den 70er Jahren zunehmend einsetzte, wurde sofort in die SPS hineinverlagert und verstärkt. Nun begann eine Aera innerer Auseinandersetzungen. Die Massenmedien interessierten sich vorab für die Epiphänomene dieses Vorgangs: gehässige Sesselkämpfe und verbissene Schlagabtausche waren immer wieder schlagzeilenträchtig.

Wer die Hintergründe kennt, wer selber in diese Auseinandersetzungen involviert war oder ist, weiss hingegen, dass es sich hier um einen notwendigen, produktiven, lohnenden Klärungsprozess handelt. *Denn in den «Flügelkämpfen» innerhalb der SPS drücken sich die gesellschaftlichen Optionen für die Zukunft aus; in den Debatten um eine neue Programmatik widerspiegelt sich in komplexen Berechnungen das Spannungsfeld im Normensystem der heutigen Gesellschaft.* Strahms Buch mischt sich hier ein, macht Vorschläge, zeichnet Entwürfe. Er stellt sich vor diesem historischen Hintergrund die Frage, ob seinem Projekt, die «neuen Mittelschichten» zu gewinnen für eine mehrheitsfähige Sozialdemokratie, mehr Erfolg beschieden sein würde als seinen Vorgängern aus den 30er und 40er Jahren.

Enger Blickwinkel

Der erste Teil des Buches («Organisationspolitik in der Sozialdemokratie») schöpft aus einem breiten, während einer siebenjährigen «Apparatarbeit» akkumulierten Erfahrungs- und Wissensfundus. Diese aus der Perspektive des engagierten – und leicht frustrierten – Zentristen gemachten Ausführungen stellen die stärkste Partie des Bu-

ches dar. Die Reorganisationsvorschläge weisen sowohl in die richtige (Basis-Bildungsarbeit, Aktivierung der «kapillaren» Aktivitäten auf Sektionsebene, Stärkung des Parteivorstandes gegenüber der Fraktion) als auch in eine problematische Richtung (Überbewertung von Massnahmen wie Zentralkartei und -organ zur Gewährleistung der Referendumsfähigkeit). Der Blickwinkel, aus dem heraus diese organisationspolitischen Vorschläge gemacht werden, ist allerdings allgemein zu eng. Die SPS wird isoliert betrachtet – als ob sie in einem luftleeren Raum kämpft. Dabei besteht das Grundproblem dieser Partei darin, dass sie sich zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen behaupten muss, dass sie auf der einen Seite mit dem Räderwerk der offiziellen Politik verzahnt und auf der anderen Seite (personell und programmatisch) mit einer neuen Widerstandskultur, mit einer bunten Gemengelage oppositioneller Strömungen auf allen Ebenen und in den verschiedensten Bereichen von Staat und Gesellschaft verflochten ist. Strahm streckt in harmonisierender Manner Fühler nach allen Richtungen aus; er möchte auf der einen Seite regieren und auf der anderen Seite integrieren, er möchte den «zukünftigen <Bedarf> an Sozialdemokratie» (S. 186) decken und gleichzeitig die «Themenführerschaft» übernehmen.

«Machtlos in der Macht gefangen»: dieses von A. Masnata stammende Bild, welches von Strahm konsequenzenlos zitiert wird, bezieht sich auf den subalternen Status, den die SPS im «neokorporatistischen Machtkartell» des schweizerischen Bundesstaates innehat. In der «Berner Mechanik» fehlt es dieser Partei an autonomem Schwung, sie ist eher ein angetriebenes als ein treibendes Rad. Der politische Leistungsausweis

der SPS ist infolge dieser asymmetrischen Konkordanz eher schwach. Die Negativposten dieser nicht einmal zu wirklichen Kompromissen ausreichenden Anlehnungspolitik schlagen demgegenüber stärker zu Buche. Die SPS weist auf ihrer «Oppositionsseite» eine eklatante Profilschwäche auf. Aufgrund seiner Hochachtung vor dem «Regieren» unterlässt Strahm eine Bilanzierung dieser Faktoren.

Undifferenzierte Strategie

Seine Haltung den neuen sozialen Bewegungen gegenüber hat etwas Vereinnahmendes. Die SPS hat die «Verbindung von sozialer und ökologischer Frage» (S. 16) nicht erfunden. Keine Partei kann dies von sich behaupten. Die Synthesebemühungen sind vielmehr Ausdruck eines neuen, komplexeren gesellschaftlichen Problembewusstseins. Wichtige Impulse gehen dabei von Leuten aus, die zwar in einer Partei organisiert sind, die sich daneben auch in Bürgerinitiativen und Basisbewegungen engagieren. Diese Vermittlungsarbeit ist – weil eben reale Zielkonflikte und Entwicklungsdivergenzen zwischen Ökonomie und Ökologie existieren – keineswegs ohne Friktionen und Probleme zu leisten. Strahms «Vermittlungsoptimismus» resultiert m.E. aus einer nirgends klar ausgesprochenen, für sein Selbstverständnis jedoch wichtigen Annahme, dass eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der laufenden gesellschaftlichen Modernisierung und der von ihm angestrebten Modernisierung der Sozialdemokratie bestehe. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft wird aus dieser Sicht eingeleitet durch die Innovation und Diffusion der neuen Technologien; es ist dann nur noch eine Frage ideeller Sensibilität, diese Realten-

denz programmatisch zu verdichten und sie zum Kristallisationspunkt einer neuen, mehrheitsfähigen parteipolitischen Identität zu machen. Damit löst sich auch die «System-» und die «Machtfrage» auf. «Viele Einzelschritte werden die Vormacht des Kapitals über die menschlichen Werte, die Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Entwicklung weiter beschränken» (S. 186): eine solche undifferenzierte Strategie der kleinen Schritte ist nur dann plausibel, wenn sich die SPS im grundsätzlichen Einklang mit den «mächtigen Tendenzen» der Gegenwart wähnt. Die Theorie von den «kleinen Schritten» stammt aus den 50er Jahren. Damals projizierte die SPS ihre konsumsozialistischen Hoffnungen auf die rasche Ausdehnung der tayloristischen Massenproduktion. Heute, im postindustriellen Zeitalter der flexiblen Spezialisierung, glaubt Strahm seine ökologische Programmatik auf der sowieso laufenden Umstellung des Industriesystems auf computergestützte ressourcensparende Produktionsverfahren aufbauen zu können. Damit befindet er sich in guter Gesellschaft. «Modernisierungssozialdemokraten» aus der BRD – insbesondere Peter Glotz – haben hier seit einiger Zeit Vordenkarbeit geleistet. Auch der neue Programmentwurf der Grünen geht in diese Richtung (3). Die staatsinterventionistische Modernisierung der Industriegesellschaft wird zu einem neuen gemeinsamen Nenner zwischen veränderungswilligen Kräften im links-alternativen Spektrum und prospektiv-Hightech-orientierten Kapitalfraktionen. Kritik an dieser Konzeption wurde vor allem aus der Friedens- und der Drittweltbewegung laut: Konstatierte die erstere eine zunehmende Militarisierung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung (insbesondere durch die Star

Wars-Pläne der USA), wies letztere auf die sich akzentuierende Polarisierung zwischen reichem Norden und armem Süden durch eine neue internationale Arbeitsteilung hin.

Erstaunlich ist, dass Strahm, der in den 70er Jahren mit seiner Drittwelt-Arbeit genau zur Verbreitung solcher Einsichten wesentlich beitrug (4), diese nun aus der Argumentation weitgehend ausblendet. Es drängt sich die Feststellung auf, dass Strahm dort, wo er eine problembezogene, an aktuellen Fragestellungen orientierte didaktisch-aufklärerische Arbeit machte, argumentationslogischen Rigorismus mit gesellschaftlichem Weitblick zu verbinden wusste, dass er in der Rumpelkammer helvetischer Realpolitik jedoch nur Projekte mit stumpfen Flügeln findet.

Fragwürdiger Patriotismus

Besonders enttäuscht haben mich der «Entwurf für Europa» und die Werbung für einen «linken Patriotismus». Dass es eumilitaristische Konzepte gibt, die auch an einem «breiteren Atlantik» interessiert sind, hat sich doch mittlerweile herumgesprochen. Diese neuen Grossmachtbestrebungen sind in keiner Weise vereinbar mit dem Einsatz der Friedensbewegung für ein Europa, das einen Ausweg aus der heutigen Blockkonfrontation und Rüstungsspirale eröffnet und sich nicht als «dritte Kraft» aufzuspielen versucht. Ebenso ist doch heute klar, dass ein durch komplexe grenzüberschreitende Interdependenzen und Abhängigkeiten auf der einen, durch vielschichtige Regionalisierungstendenzen und Partikularismen auf der anderen Seite geschwächte Nationalstaat auf Patriotismus-Injektionspritzen erpicht ist. Strahms Initiativen ist es primär zu verdanken, dass es heute den «Solidfonds» gibt, welcher die Inter-

nationalisierung des Kapitals durch eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen den Gewerkschaften zu konterkarieren trachtet. In seinem «Radwechselbuch» wird dieses Thema ausgespart, dafür macht sich der Autor für einen «sanften», «linken Patriotismus» zur «Bewahrung ideeller Werte» stark. («Die demokratische Linke dieses Landes gehört zu seinen besten Patrioten» (S. 126). Anstatt Fragen zu stellen, wieweit heute nationalstaatliche Politik noch problemadäquat sei, anstatt das vorhandene Spannungsverhältnis zwischen nationaler Identität und regionaler Vielfalt, resp. soziokultureller Differenzierung zu thematisieren, propagiert er eine neue Variante der geistigen Landesverteidigung gegen die «Überfremdung der helvetischen Kultur» (124). Vermeint Strahm einer durch sein entideologisiertes Programm politisch etwas säkularisierten SPS kompensatorisches Identifikationsvehikel zur Verfügung stellen zu müssen? Oder möchte er generalpräventiv einer anschwellenden bürgerlichen Werbung mit der «Nation» eine «Wir-sind-schon-da-Strategie» entgegenstellen?

Wirtschafts- und Technologiepolitik

Solche Argumentations- und Ideologiemixturen eignen sich schlecht für die «Themenführerschaft», die Strahm anstrebt. Mit solchen Konzepten lassen sich m.E. auch die neuen Mittelschichten nicht gewinnen. Diese sind nämlich, soweit sie von der SPS ansprechbar sind, gerade auf globale, zivilisationsübergreifende, über nationalstaatliche Beschränktheiten hinausweisende Problemstellungen sensibilisiert. Um diese Schichten zu gewinnen, wird die SPS nicht umhin können, verstärkte wirtschafts- und technologiepolitische Fragen aufzugreifen und

entsprechende Zukunftskonzepte zu entwerfen. Auch in diesem Bereich sind Strahms Vorschläge etwas unterbelichtet. Er sieht in der «Arbeitszeitpolitik» das weitaus wichtigste Instrument der Wirtschaftspolitik. Dass der Autor die Verkürzung und die Neuverteilung der Arbeitszeit derart in den Vordergrund rückt, ist auf sein Gorz'sches Argumentationsmuster zurückzuführen. Gorz ist punkto «neue Technologien» ein fatalistischer Apologet, der Arbeitsprozess und die industriellen Produktionssysteme sind für ihn technisch determiniert, auch «Selbstverwaltung» kann daran nichts rütteln und hat in diesem produktivistischen Leistungskern der Gesellschaft eine nur sehr nachgeordnete Bedeutung. Das «Reich der Freiheit» kann erst ausserhalb dieses «Reichs der Notwendigkeit» beginnen. Neben der immer trivialen, banaler und anonymen, dafür jedoch auch produktiver und damit kürzer werdenden «heteronomen», d.h. fremdbestimmten Arbeit eröffnet sich ein weites Feld für «Eigenarbeit», für autonome Tätigkeiten, für Do it Yourself-Aktivitäten. Hier können jene individuellen Dispositionen und gesellschaftlichen Qualitäten heranwachsen, die zusammenfassend mit dem Begriff «post-industrieller Sozialismus» charakterisiert werden können (5). Strahm möchte den technologischen Fortschritt, der primär deswegen zu akzeptieren ist, «weil er sich nicht verhindern lässt» (S. 130) «sozial und ökologisch» steuern (S 131). Einen breiteren und m.E. auch aussichtsreicheren Zugriff fordern die beiden Industriesoziologen M. Kern und H. Schumann, die in ihrer neuen Studie «Das Ende der Arbeitsteilung» schreiben: «Es bedarf einer Politik der Sozialisierung der Anpassungslasten, durch die im Übergang unvermeidliche Härten auf viele

Schultern verteilt und Paria-Existenzen verhindert werden; es bedarf der Politik der Arbeitszeitverkürzung, durch die allen Erwerbstätigen der Zugang zur Arbeitssphäre gesichert und das Recht für jeden materialisiert wird; und es bedarf schliesslich einer Politik der offensiven Arbeitsgestaltung und Qualifizierung, die die Produktionsintelligenz verallgemeinert und Industriearbeit als souveränes Arbeitshandeln ausformt.» (6)

Dieser letzte Punkt fehlt bei Strahm. Auf die Frage «Wer kontrolliert wirtschaftliche Macht» folgt bloss eine Polemik gegen Selbstverwaltung und eine Absage an Verstaatlichungsmodelle.

Strahm kann dann jedoch auf «Investitionslenkung» nicht vollkommen verzichten; entsprechend unpräzise fallen jedoch seine Ausführungen dazu aus. Erklärt er zuerst, «Investitionslenkungsentscheide» seien grundsätzlich vom «Staat beeinflussbar» (S. 146), so zieht er sich gleich wieder auf die in der Schweiz im Vergleich zu andern Ländern noch nie besonders umfangreichen «öffentlichen Investitionen» zurück, die zu einem «entscheidenden Instrument einer ökologischen und sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik» auserkoren werden. Verstaatlichungsprojekte, welche die Zielsetzung verfolgen, bis anhin private (und damit von einer schmalen Wirtschaftselite beherrschte) Investitionsdomänen zu repolitisieren und sie damit in einen demokratischen Entscheidungsprozess einzubeziehen, lässt er grosszügig aus «Abschied und Traktanden» fallen. Natürlich zeigen sich heute die (para-)verstaatlichten Wirtschaftskomplexe (Elektrizitätsproduktion!) von einer miserablen Seite; das Investitionsverhalten dieser (halb-)öffentlichen Körperschaften ist perfekt auf die Anforderungen

des dominierenden Privatsektors abgestimmt und die Verantwortlichen huldigen demselben Wachstumsfetischismus, welche die Vorstellungswelt der unverbesserlichen Durchbrecherstrategen insgesamt prägt. Doch solche Probleme stellen sich auch bei jener indirekten Wirtschaftspolitik, die durch Veränderung von Rahmenbedingungen die unkontrollierte Entfaltung von Partikularinteressen zähmen und die gesellschaftliche Entwicklung durch «Leitplanken» (S. 131) domestizieren möchte. Raumplanungsgesetz, Umweltschutzartikel, Mediengesetzgebung, Arbeitszeitflexibilisierungskonzepte . . ., solche Reglementierungsversuche und Kontrollbemühungen sind gerade in der Schweiz viel zu stark von privaten Kapitalverwertungsinteressen durchsetzt, als dass die wirklich sozialdemokratisch durchgestaltet werden könnten.

Kern/Schumann scheinen mir hier realistischer, wenn sie schreiben, das «Industriesystem (bleibe) als die entscheidende Stütze materieller Reproduktion ein Machtzentrum der Gesellschaft. Und wer «im industriellen Sektor das Sagen hat» halte damit «eine Schlüsselposition inne» (S. 326/27). Kompetentes, selbstbewusstes Verhalten im Arbeitsprozess» (S. 327) stellt innerbetriebliche Hierarchien in Frage. Eine gewerkschaftlich-sozialdemokratische Technologie- und Qualifizierungspolitik müsste mit der Veränderung des Arbeitsprozesses auch einen Umbau der Industriestruktur anstreben. Die Produktivitätsentwicklung ist schon seit einiger Zeit vom Konzerngigantismus abgekoppelt worden. Strahm schreibt: «Die Konzernwelt der modernen Schweizerischen Wirtschaft lässt sich nicht atomisieren. Die tayloristischen Produktionsgiganten werden durch die be-

schleunigte Innovation neuer Technologien jedoch zunehmend in Frage gestellt. Es gibt heute einen neuen Spielraum für Dezentralisierung komplexer, hochintegrierter Produktionsprozesses. Dieser wird denn auch in einem gewerkschaftsfeindlichen Sinn – als «neue Heimarbeit» – genutzt. Strahms apodiktische Behauptung verbaut uns den Blick auf andere, zukunftsfruchtige, «linke» Varianten eines selbstverwalteten, dezentralisierten Industriesystems auf hochtechnologischer Basis. Gerade wenn es darum geht, den «wissenschaftlich-technischen Fortschritt» in eine Richtung zu lenken, wo er statt der Arbeit-Kapital-Substitution der Einsparung von Energie und Rohstoffen, d.h. dem schonenden Umgang mit Ressourcen dient, muss er der privaten Verfügungsgewalt entzogen werden. Staatliche Innovationswerkstätten (die z.B. mittels Rüstungskonversion in den Eidgenössischen Militärwerkstätten aufgebaut werden könnten) hätten sozial sinnvolle und ökologisch vertretbare Projekte auszuarbeiten, die dann über eine öffentliche Investitionslenkung (die sich mit einem finanziellen Staatssektor besser durchführen lässt) zu realisieren wären.

Bloss Trittbrettfahrer

H.R. Strahms Buch schneidet so viele Aspekte an, dass eine Kritik an seinen Vorschlägen zum Fass ohne Boden wird. Abschliessend möchte ich für eine Gesamtbewertung seine Metaphorik nochmals aufgreifen: Sein Diskussions-Trassée ist etwas zu grossspurig für das Argumentationszüglein, dass er dann auffahren lässt. «Grossspurig» heisst: Der Autor ist mir manchmal so vorgekommen wie einer, der einen Viertausender bestiegen hat und nun glaubt, er habe soeben den Alpinismus erfunden.

den. «Argumentationszügelein» heisst: Die Diskussionen, die er «eröffnen» möchte, haben, wenn auch mit Konjunktur- und Niedergangsphasen, schon lange begonnen und in vielem ist Strahm bloss Trittbrettfahrer und keineswegs der Trendsetter, als den er sich darstellt. Wird von diesem etwas überzogenen Anspruch abstrahiert, so präsentieren sich die Strahm'schen «Entwürfe» als ein zwar nicht epochales, doch lesenswertes Werk, welches etliche Fallgruben und Durststecken aufweist,

und trotzdem die laufende Diskussion belebt.

Anmerkungen:

- 1) P. Glotz, Die Beweglichkeit des Tankers, München 1982
- 2) O. Lafontaine, Der andere Fortschritt, Hamburg 1985
- 3) Vgl. z.Bsp. J. Hirsch, Reformpolitik als Durchstaatlichungsstrategie, in: «links» Juni '86, S. 12 ff.
- 4) Vgl. insbesondere das inzwischen in dritter, überarbeiteter Auflage erschienene Buch H.R. Strahm, Warum sie so arm sind, Wuppertal 1986
- 5) A. Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt a. M. 1980
- 6) H. Kern/M. Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? München 1985, S. 327

Strahm als Pflichtlektüre

Von Fritz Heeb

Das Buch des Genossen Strahm müsste in Zirkeln aktiver Parteimitglieder intensiv Kapitel für Kapitel durchgesprochen werden. Es enthält eine Vielzahl von Themata und Fragen zur gegenwärtigen Situation der SPS, ihrer Struktur, ihrer Organisation und ihrer politischen Führung. Die Kritik, die eben diese Bezirke betrifft, wird ohne Schonung vorgebracht. Sie zwingt zum Nachdenken und zur Stellungnahme.

Die Hälfte der Parteimitglieder sei über 60 Jahre alt, wird festgestellt. Das sind die, die trotz sehr lädiertem «Heimatgefühl», das nach Strahm der Arbeiterschaft insgesamt in der Bewegung abhanden gekommen ist, aus Treue und Tradition in der Partei geblieben sind. Sie standen seit den 70-er Jahren in stummer Ablehnung der jüngeren Garde gegenüber, die zumeist als «68er» aus den Hochschulen in die Partei gekommen sind, um elitär und radikal mit dem Mittel der sogenannten Basisdemokratie die Mitgliederversammlungen zu beherrschen, die Alten zu vertreiben und Sozialdemokraten

in den Exekutiven das Leben sauer zu machen. Diese Alten werden als Karteileichen beschimpft, als Beitrags- und Parteisteuerzahler aber immerhin noch gebraucht. Der sektiererischen Linken ist mittlerweile, wie Strahm erklärt, «die Luft ausgegangen». Sie ist ermüdet und deprimiert. Er belegt das mit den Tatsachen, dass die Bestrebungen der «Linken» nach dem ausserordentlichen Parteitag zur Bundesratsbeteiligung, eine eigene Organisation in der Partei zu bilden, ein eigenes Publikationsorgan herauszugeben, bloss verbal verkündete Absicht geblieben ist. «Was Linken fehlt, ist die organisatorische Ausdauer, die politische Effizienz» diagnostiziert Strahm zutreffend. Das von ihm als einzig attraktives Organ der Linken innerhalb der Partei anerkannte «Zürcher Info», das wäre hier als Pikanterie zu verzeichnen, ist inzwischen auch dahingegangen. Die Redaktion gab bekannt, sie trete kollektiv «wegen Übermüdung, Überforderung und Überalterung» zurück. In das Bild passt auch die Tatsache, dass Leute,

die in den Zürcher Globuskrawallen und den «Jugendunruhen» das grosse Wort geführt haben, heute ihre Fähigkeiten in den Dienst grosskapitalistischer Medienkonzerne stellen und den Imperatif «subito» an ihre Karriere richten. Mit einiger Genugtuung darf indessen festgestellt werden, dass ein Teil dieser einstigen «Linken» zur Realität gelangt ist. In der Zürcher Partei jedenfalls ist meines Erachtens ein Gesundungsprozess eingeleitet. Die Opposition gegen die Beteiligung an Gemeinde- und Kantonssexekutiven ist geschwunden. Besonders eifrige Gegner der Regierungsbeteiligung haben sich in Exekutiven wählen lassen. Sie erkennen jetzt wohl, dass dies in unseren schweizerischen Verhältnissen ein wichtiges Mittel zur Verteidigung und zum Ausbau der sozialen Erwerbungen und zur Durchsetzung lebenswichtiger Massnahmen ist. Was die Karteileichen in unserer Partei betrifft, sei daran erinnert, dass sich in Zürich eine Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und Seniorengruppen aktiviert haben. Sie war imstande, vor den kommunalen Wahlen in diesem Frühjahr eine Versammlung mit über tausend Teilnehmern zu veranstalten.

Treffend stellt Strahm fest, dass das ständige atemlose Rennen hinter Schlagzeilen-Aktualität nichts bringt. Erfolg bringt nur die hartnäckige und geduldige Beharrlichkeit in der Propagierung und Durchsetzung der alten und neuen sozialdemokratischen Forderungen. Persönliche Augenblickserfolge von «Führungskräften» über Bildschirm oder Boulevardpresse kann nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

Im zweiten Teil des Buches, betitelt «Sozialdemokratische Entwürfe für die Zukunft. Ein Arbeitsprogramm», entwickelt